

SCHOOL-SCOUT.DE



Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus: *Spannungsfeld deutsche Frage (1850-1890)*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





VORWORT

Leitthema der Kapitel ist die Lösung der deutschen Frage im 19. Jahrhundert durch die Kriege und die Reichsgründung Bismarcks. Auch Bismarcks Innenpolitik, insbesondere sein Umgang mit den drei wichtigsten Parteien im Reichstag, sollte hier einmal mehr unter dem Aspekt des deutschen nationalen Interesses betrachtet werden. Deswegen war es notwendig, die Verfassungen von 1866 und 1871 breit darzustellen. Deswegen mussten auch Vorgeschichte und Hintergründe des Kulturkampfes aufgenommen werden, während beim Sozialistengesetz eher die in der Dokumentation belegte Auswirkung des Gesetzes von Interesse ist. - Die Außenpolitik wird, soweit sie zum Thema gehört, in den Kapiteln "Preußens und Österreichs internationale Differenzen", "Europa vor dem deutsch-französischen Krieg" und "Der Krieg von 1870/71" berücksichtigt.

Die einzelnen Kapitel sind deswegen relativ umfangreich, weil sie selbstverständlich auch nur in mehreren Unterrichtsstunden angemessen behandelt werden können. Eine Aufteilung der Kapitel auf die Stoffmenge einzelner Unterrichtsstunden hätte gewisse thematische Zusammenhänge gestört. Die Zwischenüberschriften sollen aber eine Hilfe sein, die Aufteilung entsprechend dem eigenen Unterrichtsvorhaben selbst vorzunehmen. Kürzgen sind für den Unterricht in der Sekundarstufe I überall möglich, wenn man bestimmte Erläuterungen nicht schriftlich, sondern mündlich gibt oder eben einiges weglässt. Die Langfassung ist dann nötig, wenn man von der chronologischen Darstellung im Lehrbuch abweichen will und Material für eine individuelle Gestaltung des Unterrichts benötigt. Das ist der Sinn der Diskette. Kurzfassungen und Tafelbilder bieten heute die meisten Lehrbücher und Lehrerbegleithefte ohnehin an.

Die einzelnen Kapitel sind deswegen relativ umfangreich, weil sie selbstverständlich auch nur in mehreren Unterrichtsstunden angemessen behandelt werden können. Eine Aufteilung der Kapitel auf die Stoffmenge einzelner Unterrichtsstunden hätte gewisse thematische Zusammenhänge gestört. Die Zwischenüberschriften sollen aber eine Hilfe sein, die Aufteilung entsprechend dem eigenen Unterrichtsvorhaben selbst vorzunehmen. Kürzgen sind für den Unterricht in der Sekundarstufe I überall möglich, wenn man bestimmte Erläuterungen nicht schriftlich, sondern mündlich gibt oder eben einiges weglässt. Die Langfassung ist dann nötig, wenn man von der chronologischen Darstellung im Lehrbuch abweichen will und Material für eine individuelle Gestaltung des Unterrichts benötigt. Das ist der Sinn der Diskette. Kurzfassungen und Tafelbilder bieten heute die meisten Lehrbücher und Lehrerbegleithefte ohnehin an.

Die einzelnen Kapitel sind deswegen relativ umfangreich, weil sie selbstverständlich auch nur in mehreren Unterrichtsstunden angemessen behandelt werden können. Eine Aufteilung der Kapitel auf die Stoffmenge einzelner Unterrichtsstunden hätte gewisse thematische Zusammenhänge gestört. Die Zwischenüberschriften sollen aber eine Hilfe sein, die Aufteilung entsprechend dem eigenen Unterrichtsvorhaben selbst vorzunehmen. Kürzgen sind für den Unterricht in der Sekundarstufe I überall möglich, wenn man bestimmte Erläuterungen nicht schriftlich, sondern mündlich gibt oder eben einiges weglässt. Die Langfassung ist dann nötig, wenn man von der chronologischen Darstellung im Lehrbuch abweichen will und Material für eine individuelle Gestaltung des Unterrichts benötigt. Das ist der Sinn der Diskette. Kurzfassungen und Tafelbilder bieten heute die meisten Lehrbücher und Lehrerbegleithefte ohnehin an.

Der Spiegelstrichsatz als durchgängiges Formprinzip ist sowohl als Information des Schülers als auch als Ergebnis eines Unterrichtsgespräches und als Grundlage für den Erwartungshorizont bei schriftlichen Aufgaben zu verstehen. Selbstverständlich muss der Stoff entwickelnd dargeboten und durchdiskutiert werden. Das Arbeitsblatt ist immer ein Fertigprodukt, das dem Schüler nicht unverdaut vorgelegt werden sollte und den Unterricht nicht ersetzt, es sei denn, es handelt sich wirklich um reine Information.

Letzteres gilt in jedem Fall für die Quellentexte, die als Beleg, als Ergänzung und als Erweiterung, nicht aber als Grundlage für das Arbeitsblatt zu verstehen sind. Die nach Anschaulichkeit und guter Verständlichkeit ausgewählten Quellentexte sind auf dem Arbeitsblatt, soweit nötig, kurz kommentiert, sonst aber nicht näher erläutert.

Ihre Zustimmung, aber auch Ihre Kritik und Ihre Anregung sind dem Autor immer sehr willkommen!



DIE SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE FRAGE (1815-1864)

1. Dänemark und die Herzogtümer

1.1 Im 18. Jahrhundert

- Schleswig-Holstein ist altes dänisches Reichslehen und ebenso wie Holstein und Lauenburg mit der dänischen Krone in Personalunion verbunden.
- Es besteht ein gutes Einvernehmen zwischen dem Königreich und den Herzogtümern. Deutsche und Dänen leben im Herzogtum Schleswig friedlich zusammen.
- Die Bevölkerung des überwiegend dänisch sprechenden, aber deutsch-freundlichen Norden ist bürgerlich-kapitalistisch, die des deutsch sprechenden Südens bäuerlich ausgerichtet.
- Angesichts der revolutionären Ereignisse in Frankreich tendiert Dänemark zum vorrevolutionären Absolutismus bzw. zum System Napoleons und möchte Schleswig und auch Holstein in den dänischen Staat integrieren.

1.2. Im Zeitalter des Deutschen Bundes

- Seit 1815 gehört Holstein und Lauenburg zum Deutschen Bund.
- Gegen absolutistische Tendenzen Dänemarks opponiert die Ritterschaft in Schleswig und Holstein.
- Ihr Sprecher ist Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860), der den sog. "Ripener Vertrag" zwischen den Ständen beider Länder aus dem Jahre 1460, dem Jahre der Vereinigung der Herzogtümer mit Dänemark, entdeckt: Schleswig und Holstein sollen nie voneinander getrennt werden, sondern "up ewig ungedeelt" bleiben.
- Das den Adel unterstützende Bürgertum in Schleswig-Holstein will die Personalunion mit Dänemark.
- Angesichts der Kinderlosigkeit des Thronfolgers droht ein Rechtsstreit zwischen den verschiedenen Herrscherhäusern in Dänemark, Schleswig-Holstein und Lauenburg.

2. Die Nationalbewegung in Schleswig-Holstein

- Die "Eiderdänen" wollen die Grenze zwischen Schleswig und Holstein bis zur Eider ausdehnen. Das würde die Trennung von Schleswig und Holstein und die Verschmelzung von Dänemark und Schleswig zu einem Nationalstaat bedeuten.
- Die Nationalisten in Schleswig-Holstein wollen das deutsche Fürstenhaus erhalten und den Anschluss Schlesiws an ein großdeutsches Reich herstellen.

3. Die schleswig-holsteinische Frage in der Revolution von 1848

- Die holsteinischen Stände erklären 1844 im "Schleswig-Holsteinischen Programm" Schleswig und Holstein für selbstständig und das deutsche Erbrecht in männlicher Linie in beiden Herzogtümern für gültig.
- König Christian VIII. (1848 ohne männlichen Thronerben gestorben) übernimmt den Standpunkt der Eiderdänen und betont 1846 in einem "Offenen Brief" die Gültigkeit des dänischen Erbrechtes in weiblicher Linie auch in Schleswig und Lauenburg, um die Thronfolge auch in Schleswig-Holstein zu sichern. Er wird hierin von den europäischen Großmächten unterstützt.
- An die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland stellen sich nun auch die Monarchen Preußens, Hannovers und Bayerns.
- Der neue König Friedrich VII. verfügt am 21.3.1848 die Einverleibung Schlesiws in den dänischen Staat und lässt in Nordschleswig einmarschieren.
- Demgegenüber verlangen die Nationalisten in Schleswig und Holstein die Aufnahme Schlesiws in den Deutschen Bund und eine Volksabstimmung in den Gemeinden Schlesiws.
- Die am 23./24.3.48 gebildete revolutionäre Provisorische Regierung in Kiel stellt nach der Einnahme der Festung Rendsburg die "Schleswig-Holsteinische Armee" auf, der sich viele Freiwillige aus Deutschland anschließen.
- Am 24.3.48 verspricht König Friedrich Wilhelm IV. militärische Hilfe, die am 10.4. auch gewährt wird.
- Durch Entsendung von Bundestruppen unter General von Wrangel erkennt auch der Deutsche Bund die Provisorische Regierung staatsrechtlich an, fordert aber nicht die Einverleibung Schlesiws. Er gewährt Mittel zum Bau einer Kriegsflotte.
- Die dänische Flotte wehrt ein Übergreifen der Bundestruppen auf die dänischen Inseln ab.
- Kriegsdrohungen Englands und Russlands leiten Verhandlungen und den auf sieben Monate begrenzten Waffenstillstand von Malmö am 26.8.1848 ein, der in Deutschland einen Sturm der Entrüstung auslöst und von der Nationalversammlung erst abgelehnt, dann aber angenommen wird.
- Reichsaußenminister Heckscher verteidigt den Waffenstillstand von Malmö als eine Maßnahme der gegenüber dem Ausland bewiesenen politischen Vernunft. (Dok: Rede des Reichsaußenministers Heckscher vom 14.9.1848, Text 1)
- Dänemark kündigt am 26.2.1849 den Vertrag.
- Im neu entbrannten Krieg erringen am 5. April 1849 bei Eckernförde die Herzogtümer einen unerwarteten Sieg über die dänischen Schiffe "Christian VIII" und "Gefion", der einen nationalistischen Taumel auslöst.

- Mit dem militärisch schließlich überlegenen Dänemark schließt Preußen am 10. Juli 1849 einen zweiten Waffenstillstand und am 2.7.1850 einen Friedensvertrag.
- Die schleswig-holsteinische Armee führt den Krieg dennoch weiter, erleidet dabei aber schwerste Verluste.
- In Olmütz verpflichtet sich am 29.11.1850 Preußen Österreich gegenüber, in Schleswig und Holstein verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen.

4. Die Londoner Protokolle und die dänische Gesamtstaatsverfassung

- Im 1. Londoner Protokoll vom 2.8.1850 fordern am Ende des ersten deutsch-dänischen Krieges Österreich, Großbritannien, Frankreich, Russland, Schweden und Norwegen die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates und das Herrschaftsrecht des dänischen Königs, ohne allerdings dieses auf Dauer zu garantieren.
- Englands Interesse zielt auf einen starken Staat Dänemark als Bollwerk gegen Russland, wobei aber Dänemark keinen mit England konkurrierenden Großmachtstatus erhalten soll.
- Im 2. Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 setzen die Großmächte - vornehmlich unter dem Einfluss Palmerstons (1830-1851 mehrmals Außenminister, 1852-1855 Innenminister) - die Integrität und Unteilbarkeit der dänischen Monarchie fest, so dass die Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg, das 1848 an Dänemark gefallen ist und eine Enklave in Holstein bildet, bei Dänemark verbleiben.
- Nachfolger Friedrichs VII. (1808-1863) soll als König von Dänemark Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ("Protokollprinz") (1818-1906) sein.
- Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1798-1869) verzichtet für sich und seine Nachkommen auf den Thron.
- Diesen Thronverzicht erkennt sein Sohn, der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1829-1880) unter dem Druck der deutschen Nationalisten nicht an, obwohl er auf Betreiben Bismarcks inoffiziell mit einigen Millionen Talern abgefunden wird.
- In zähen Verhandlungen erreicht Preußen und Österreich wegen der Zugehörigkeit Holsteins zum Deutschen Bund den Verzicht Dänemarks auf den Erlass einer Gesamtstaatsverfassung.
- Das 2. Londoner Protokoll erscheint dem nicht konsultierten Deutschen Bund als Preisgabe der Herzogtümer und als Niederlage der deutschen Großmächte.
- Angesichts zunehmenden Druckes durch die Eiderdänen kommt es zu einer Auswanderungswelle aus den Herzogtümern.
- Österreich, Preußen (Bismarck als Bundestagsgesandter) und der Deutsche Bund erzwingen 1858 durch Drohung mit einer Bundesexekution die vorläufige Rücknahme der dänischen Gesamtstaatsverfassung von 1855.

- Als die erweiterte "eiderdänische Verfassung" vom dänischen Reichstag mit Wirkung vom 18.11.1863 als Antwort auf Drohungen des Bundestags erlassen wird und Christian IX. als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein die Nachfolge des am 15.11.1863 gestorbenen Königs Friedrichs VII. antritt, erklärt der Erbprinz Friedrich von Augustenburg in einer Proklamation an die Stände von Schleswig-Holstein die eigene Regierungsübernahme in Schleswig-Holstein "kraft der alten Erbfolgeordnung" und der "Verzichtsurkunde" seines Vaters zu seinen Gunsten. (Dok: Proklamation vom 16.11.1863, Text 2)
- Als Herzog Friedrich VIII. tritt der Augustenburger, getragen von einer Welle der nationalen Begeisterung, am 16.11.1863 die Herrschaft in Schleswig und Holstein an.
- Dem 1859 gegründeten kleindeutschen und liberal orientierten Nationalverein und dem Frankfurter Abgeordnetentag dient das Londoner Protokoll dazu, einerseits dem dänischen König das Thronfolgerecht in den Herzogtümern abzusprechen, andererseits seine Ungültigkeit zu erklären, um die Loslösung der Herzogtümer von Dänemark zu erreichen. (Dok: Beschluss des Frankfurter Abgeordnetentages vom 21.12.1863, Text 3)

5. Bismarcks Position in der schleswig-holsteinischen Frage

- Im Gegensatz zur Mehrheit der preußischen Abgeordneten stellt sich Bismarck auf den Boden des Londoner Protokolls von 1852, um eine drohende Intervention Englands, Frankreichs und Russlands zu verhindern und Preußens Großmachtstellung zu bewahren. (Dok: Aus einem Brief Bismarcks an den Gesandten in Paris, Graf von der Goltz, vom 24.12.1863, Text 4)
- Bismarck will entgegen der öffentlichen Meinung und der Position des Königs und seiner Umgebung keinen neuen liberalen, evtl. antipreußischen Mittelstaat, für den sich auch Bayern, Württemberg, Sachsen und auch Österreich einsetzen, sondern er will den Augustenburger in den Dienst Preußens und der preußischen Politik gegen Österreich stellen, da er von dessen Unnachgiebigkeit ausgeht. (Dok: Bismarck über seine Politik in der schleswig-holsteinischen Frage, Text 5)
- Bismarck weiß sich in dieser Politik durch die englischen Königin Viktoria unterstützt, durch Napoleon III. aber kritisiert. (Vgl. Berichte des preußischen Gesandten in Paris Graf Robert von der Goltz an den König, deretwegen es zu einem Konflikt mit Bismarck kommt.)
- Bismarck gewinnt die Wiener Hofburg und den preußischen König, indem er sich auf die "Heiligkeit der Verträge" beruft und die Sympathisanten des Augustenburger als Revolutionäre brandmarkt.
- Im Bundestag setzt Bismarck zusammen mit Österreich gegen den Widerstand einer Anzahl deutscher Regierungen, des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutschen Abgeordnetentages die zur Anerkennung des Londoner Protokolls erforderliche Bundesexekution durch.

6. Der Krieg gegen Dänemark 1864

- Ende Dezember besetzen Truppen aus Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover Holstein und Lauenburg.

steckt, was uns in einer Unions- oder Hegemonie-Politik stützen oder helfen könnte. Ich halte das für einen radikalen Irrtum, für ein Fantasiegebilde. Unsere Stärkung kann nicht aus Kammern- und Pressepolitik, sondern nur aus waffenmäßiger Großmachtspolitik hervorgehen, und wir haben nicht nachhaltiger Kraft genug, um sie in falscher Front und für Phrasen und Augustenburg zu verpuffen.

[...]

(Schönbrunn, S. 323/324)

Text 5:

Bismarck über seine Politik in der schleswig-holsteinischen Frage

[...]

Die Abstufungen, welche in der dänischen Frage erreichbar erschienen und deren jede für die Herzogtümer einen Fortschritt zum Bessern im Vergleich mit dem vorhandenen Zustande bedeutete, gipfelte meines Erachtens in der Erwerbung der Herzogtümer für Preußen, wie ich sofort nach dem Tode Friedrichs VII. (15. November 1863) in einem Konseil ausgesprochen habe. Ich erinnerte den König daran, dass jeder seiner nächsten Vorfahren - selbst seinen Bruder nicht ausgenommen - für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe, Friedrich Wilhelm IV. Hohenzollern und das Jahdegebiet, Friedrich Wilhelm III. die Rheinprovinz, Friedrich Wilhelm II. Polen, Friedrich II. Schlesien, Friedrich Wilhelm I. Altvorpommern, der Große Kurfürst Hinterpommern und Magdeburg, Minden und so weiter, und ermunterte ihn, ein gleiches zu tun.

[...]

Wenn auch durch Landtagsbeschlüsse, Zeitungen und Schützenfeste die deutsche Einheit nicht hergestellt werden konnte, so übte doch der Liberalismus einen Druck auf die Fürsten, der sie zu Konzessionen für das Reich geneigter machte. Die Stimmung der Höfe schwankte zwischen dem Wunsche, dem Andringen der Liberalen gegenüber die fürstliche Stellung in partikularistischer und autokratischer Sonderpolitik zu befestigen, und der Sorge vor Friedensstörungen durch äußere oder innere Gewalt. An ihrer deutschen Gesinnung ließ keine deutsche Regierung einen Zweifel, doch über die Art, wie die deutsche Zukunft gestaltet werden sollte, stimmten weder die Regierungen noch die Parteien überein.

[...]

Es kostete freilich noch 1864 viel Mühe, die Fäden zu lösen, durch welche der König unter Mitwirkung des liberalisierenden Einflusses seiner Gemahlin mit jenem Lager in Verbindung stand. Ohne die verwickelten Rechtsfragen der Erbfolge untersucht zu haben, blieb es dabei: "Ich habe kein Recht auf Holstein". Meine Vorhaltung, dass die Augustenburger kein Recht hätten, auf den herzoglichen und den schauburgischen Anteil nie ein solches gehabt und auf den königlichen Teil zweimal 1721 und 1852 entsagt hätten, dass Dänemark am Bundestage in der Regel mit Preußen gestimmt habe, der Herzog von Schleswig-Holstein aus Furcht vor preußischem Übergewicht es mit Östreich halten werde, machte keinen Eindruck. Wenn auch die Erwerbung dieser von zwei Meeren umspülten Provinzen und meine geschichtliche Erinnerung in der Konseilsitzung vom Dezember 1863 auf das dynastische Gefühl des Herrn nicht ohne Wirkung war, so war auf der andern Seite die Vergegenwärtigung der Missbilligung wirksam, die der König, wenn er den Augustenburger aufgab, bei seiner Gemahlin, bei dem kronprinzlichen Paare, bei verschiedenen Dynastien und bei denen zu erwarten hatte, welche damals in seiner Auffassung die öffentliche Meinung Deutschlands bildeten.

Die öffentliche Meinung war in den gebildeten Mittelständen Deutschlands ohne Zweifel augustenburgisch, in derselben Urteilslosigkeit, welche sich früher [1830 und 1863] den

SCHOOL-SCOUT.DE



Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus: *Spannungsfeld deutsche Frage (1850-1890)*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

